

DIE LINKE, Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An die

- Freie Wohlfahrtspflege
- Gewerkschaften
- Erwerbsloseninitiativen
- die weitere arbeitsmarkt- und sozialpolitisch interessierte Öffentlichkeit

Wolfgang Zimmermann MdL
Sprecher für Arbeitsmarktpolitik

Dr. Carolin Butterwege MdL
Sprecherin für Sozialpolitik

**Fraktion im Landtag
Nordrhein-Westfalen**
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
www.linksfraktion-nrw.de

Düsseldorf, den 5. Oktober 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wenden uns mit dieser Erklärung an Sie, um Sie über die Gründe für unser Abstimmungsverhalten im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration zu informieren. DIE LINKE hat einen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Beschäftigung neu denken – einen sozialen Arbeitsmarkt für NRW voranbringen.“ (Drs. 15/2211) abgelehnt und für einen eigenen Entschließungsantrag (Drs. 15/2424) gestimmt.

DIE LINKE lehnt das seit der Agenda 2010 vorherrschende arbeitsmarktpolitische Dogma, wonach nur eine Flexibilisierung der Beschäftigungsformen und eine angebotsorientierte Arbeitsmarktpolitik Erwerbslosigkeit abbauen können, ab. Hartz-IV, die Ausweitung von Leiharbeit und befristeter, prekärer Beschäftigung sowie das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns haben zu einer sozialen Krise am Arbeitsmarkt geführt. Weil immer weniger Menschen in einem sog. Normalarbeitsverhältnis tätig sind und von ihrer Erwerbstätigkeit leben können, steigt der Anteil derer, die dauerhaft vom sog. Ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Dieses Schicksal trifft nicht nur die sog. Geringqualifizierten, sondern auch Beschäftigte mit Berufsausbildungen, ältere Erwerbstätige und/oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen u. a.. Sie sind auf Jahre hinaus von Hartz IV betroffen, ohne Chance auf einen dauerhaften Wiedereinstieg in den Ersten Arbeitsmarkt und ein Normalarbeitsverhältnis.

Diese Entwicklung droht, sich durch die im Herbst 2010 beschlossenen drastischen Einschnitte bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik massiv zu verstärken. Bis 2014 sollen hier 16 Milliarden Euro bei der Qualifizierung Erwerbsloser und bei beschäftigungsschaffenden Maßnahmen eingespart werden. Zahlreiche Beschäftigungsprogramme und Qualifizierungsmaßnahmen müssen aufgegeben werden, Hartz-IV-Betroffene werden noch weiter auf das arbeitsmarktpolitische Abstellgleis verschoben, Beschäftigte bei Weiterbildungs-

und Qualifizierungsträgern verlieren ihre Arbeitsplätze. Künftig soll es für Erwerbslose nach Vorstellung der Bundesregierung nur noch zwei Möglichkeiten geben: Die Aufnahme einer Beschäftigung vor allem im prekären Bereich bzw. dem Niedriglohnsektor oder die dauerhafte Erwerbslosigkeit. Wer hier politisch gegensteuern will, der muss die Arbeitsmarktpolitik ganzheitlich betrachten und darf nicht den Fehler machen, die Spaltung der Beschäftigungsformen bzw. die von Erwerbslosen und Erwerbstätigen weiter voranzutreiben.

Der von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorgelegte Antrag verzichtet vollständig auf Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Krise am Arbeitsmarkt. Stattdessen setzt man einseitig auf dauerhafte Lohnsubventionen durch Beschäftigungszuschüsse etwa für privatgewerbliche Unternehmen und die öffentliche Hand. Eine solche Konzeption lädt insbesondere privatwirtschaftliche Akteure dazu ein, reguläre Beschäftigung zu substituieren, indem solche regulären Arbeitsplätze abgebaut und durch subventionierte, geförderte Beschäftigung oftmals im Niedriglohnbereich ersetzt werden.

SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN schlagen zudem keine einzige konkrete Maßnahme auf Landesebene vor. Es geht ausschließlich um eine Bundesratsinitiative, die allein dazu dienen soll, die Instrumentenreform der Bundesregierung anzugreifen. DIE LINKE teilt zwar ausdrücklich die Kritik daran, findet es aber perfide, wenn SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN diese Kritik als eigenes Handeln für die Erwerbslosen auslegt. Hier ging es immer um parteipolitische Profilierung.

Völlig haltlos sind die im Ausschuss von Abgeordneten der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vertretenen Äußerungen, dass es folgerichtig wäre, bei einer Ablehnung eines so genannten „Sozialen Arbeitsmarkts“ auch die Integrationsunternehmen abzulehnen. Für DIE LINKE ist Erwerbslosigkeit kein individuelles Schicksal, sondern ein gesellschaftliches Problem. Auf gesellschaftlicher Ebene haben SPD und Grüne nicht nur 2005 die Hartz-Gesetze eingeführt, sondern noch zu Beginn des Jahres mehrheitlich dem neuesten Hartz-Kompromiss zugestimmt.

Statt Lohnsubventionen für Tätigkeiten in der Privatwirtschaft auszuschütten, will DIE LINKE in die Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarktwiedereingliederung der Erwerbslosen investieren. Wir kritisieren scharf, dass SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Förderung von Berufsausbildungen und Schulabschlüssen nur Erwerbslosen bis zum 25. Lebensjahren gewähren wollen (vgl. Dr. 15/2211, S.3). In NRW haben 54% aller 30- bis 50-jährigen Erwerbslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung (vgl. Drs. 15/2596). DIE LINKE fordert für diese Menschen ein Recht auf einen berufsqualifizierenden Abschluss.

Die Qualifizierung Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung Erwerbsloser sollte nach Vorstellungen der Fraktion DIE LINKE stärker gefördert werden. Die Träger dieser Qualifizierungsmaßnahmen bedürfen hierfür aber eines verlässlichen Rechts- und Finanzierungsrahmens, damit das Prinzip „Gute Arbeit!“ auch für ihre Beschäftigten gelten kann. Qualifizierung kann in Zeiten eines breit diskutierten Fachkräftemangels ein wesentlich effizienterer Schritt zum Abbau der Erwerbslosigkeit sein als eine Bundesratsinitiative für einen

sozialen Arbeitsmarkt. Daneben müssen der öffentliche Dienst und öffentliche Dienstleistungen mit dauerhaften und tariflich entlohnten Arbeitsplätzen ausgeweitet werden, wie es auch die Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert (Drs. 17/5526). Ein Weg dahin wäre Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Hier ist auch das Land NRW in der Verantwortung.

Wir bedauern ausdrücklich, dass SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu keinem Zeitpunkt das Gespräch mit uns für eine gemeinsame Mehrheitsposition im Ausschuss gesucht haben. Dabei hätte durchaus ein gemeinsamer Antrag mit einer klaren Kritik an der Instrumentenreform der Bundesregierung entstehen können.

Wir laden Sie gerne zu Gesprächen über eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein, der es tatsächlich gelingt, die Krise am Arbeitsmarkt zu überwinden und auch Erwerbslose individuell zu fördern, zu qualifizieren und dauerhaft zu integrieren. Anders als eine bloße Bundesratsinitiative wird dies jedoch auch das Engagement des Landes NRW erfordern. Wir sind gespannt darauf, wie sich der Wille der Landesregierung, Langzeiterwerbslose zu integrieren, im Landeshaushalt 2012 wiederfinden wird.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Zimmermann MdL



Dr. Carolin Butterwegge MdL